

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 9 (1917)
Heft: 8

Artikel: Beitragshöhe und Werbekraft der Gewerkschaften
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-350729>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

rasche und weitgehende Reformen vornehmen. Dazu mangelt es aber an Mitteln, an der psychologischen Möglichkeit, solange alles für den Krieg in Anspruch genommen wird.

Kurz, bedeutet schon die demokratische Umgestaltung des Riesenreiches von 170 Millionen Einwohnern, zum grossen Teil Analphabeten, eine kaum begreifliche Riesenaufgabe, so ist sie heute während des Weltkrieges unendlich schwieriger. Stehen schon die festfundierten und reichen Staaten Europas vor einem kaum lösbaaren Problem der Liquidierung des Weltkrieges, so ist dieses Problem für Russland geradezu unsagbar schwierig. Muss doch Russland zugleich eine völlige Neugestaltung der Grundlagen des bürgerlichen Lebens vornehmen.

Man könnte also, angesichts all dieser Momente, direkt an der Zukunft der russischen Revolution verzweifeln. Allein wir können, wir wollen nicht glauben, dass die russische Revolution vereinzelt bleiben, kein Echo in den anderen Ländern hervorrufen werde. Russland ist von Europa nicht durch eine chinesische Mauer abgesperrt. Die revolutionäre Welle muss sich über seine Grenzen, über die Schützengräben ergiessen und überall Protest gegen die Versklavung durch den Krieg und Militarismus wecken, anstacheln. Die zentral- und westeuropäischen Arbeiter müssen sich sagen: um ihre Sache handelt es sich in Russland. Eilen sie den russischen Arbeitern nicht zu Hilfe, lassen sie diese im Stiche, so verhelfen sie nicht nur der russischen Reaktion zum Siege, sondern liefern sich selber dem Militarismus und Imperialismus aus und tragen zur allgemeinen Reaktion in der ganzen Welt bei. Noch nie vielleicht stand die Arbeiterschaft der ganzen Welt vor folgenschwererer Entscheidung. Sicher war die Entscheidung vom August 1914 nicht minder von weltumwälzender Bedeutung. Damals war aber die Arbeiterschaft faktisch ausserstande, den Gang der Ereignisse abzuändern. Heute hat sie plötzlich, wie die russische Revolution zeigt, einen gewaltigen Einfluss im Staate erlangt. Von ihrer Stellungnahme hängt das Schicksal der Revolution, des Krieges, der Menschheit ab. Wer aber die Macht hat, der trägt die Verantwortung für sein Tun und auch für das Unterlassen des Handelns, wenn dieses zum Gebot der Stunde wird.

Die bürgerlichen Klassen und ihre Regierungen haben sich so verrannt, dass sie nur unter dem stärksten Drucke des Proletariats den Frieden schliessen werden. Sicherlich übt das russische Proletariat in dieser Hinsicht einen starken Druck auf die russische Regierung aus. Indes kann dieser nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn er *international* vorgenommen wird, wenn er gemeinsam und gleichzeitig in allen

kriegführenden Ländern ausgeübt wird. Niemand darf erwarten, dass die russischen Arbeiter ihm die Kastanien aus dem Feuer holen werden. Die Pflicht der russischen Arbeiter ist zweifelsohne, diesen Druck so stark wie nur möglich zu machen; die Arbeiter der anderen Länder dürfen aber dabei nicht ruhig dastehen, sondern sie müssen sich aktiv in der gleichen Richtung betätigen.

M. Nachimson.



Beitragshöhe und Werbekraft der Gewerkschaften.

Es ist seit langer Zeit ausser Zweifel, dass die Syndikalisten mit ihren lokalen Gewerkschaften und geringen Beiträgen Schiffbruch gelitten haben. Sie waren nicht imstande, der Arbeiterschaft nennenswerte materielle Verbesserungen innerhalb der heutigen Gesellschaft zu verschaffen und wurden daher von den Zentralverbänden mit ihren erheblich höheren Beiträgen Schritt um Schritt zurückgedrängt. Diese Tatsache verleitete eine Anzahl Gewerkschafter dazu, in das andere Extrem zu verfallen, die Werbekraft und Erfolge der Gewerkschaften *nichts anderem* als nur den hohen Beiträgen zuzuschreiben. Man vergisst, dass, um hohe Beiträge leisten zu können, die Arbeiterschaft eines Industrie- oder Berufszweiges auf einem nicht allzu niedrigen Lohnniveau stehen darf. Es wird von den Befürwortern der hohen Beiträge mit Vorliebe auf die schwache Organisation der Textilarbeiter hingewiesen, deren niedrige Beiträge nicht imstande sind, materielle Verbesserungen zu ermöglichen und dadurch die Werbekraft der Organisation zu steigern. Zu einer solchen Ansicht kann man nur gelangen, wenn man die Beitragshöhe als den *einzigsten* Faktor betrachtet, der bestimmend auf die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften und auf die Höhe der Arbeitslöhne einwirkt. Das ist aber ein grosser Irrtum.

Besehen wir uns einmal die Verhältnisse in der Textilindustrie. Vor etwas mehr als zwei Jahrzehnten verfügten die Posamenter über eine der stärksten Organisationen. Auch mit ihren Löhnen standen sie in den vordersten Reihen der Arbeiterschaft. Es ist mir nicht bekannt, in welchem Verhältnis ihre Leistungen an Beiträgen zu jenen anderer Gewerkschaften standen. Doch gehen wir kaum fehl, wenn wir annehmen, sie standen nicht an letzter Stelle.

Heute ist das Gegenteil der Fall. Sowohl in der Höhe der Beiträge wie auch in der finanziellen und zahlenmässigen Stärke der Organisation und in der Lohnhöhe, steht diese Arbeiterschaft weit hinter den meisten Gewerkschaften zurück. Sind nun die Posamenter plötzlich von hohen zu niederen Beiträgen heruntergegangen oder wurden sie hierin in kurzer Zeit von den andern Gewerkschaften überholt? Wahrscheinlich keines von beiden. Der Rückgang dieser einst so starken Organisation datiert noch aus der Zeit, da die Wochenbeiträge in den Gewerkschaften noch nicht eingeführt waren, da man noch Monatsbeiträge von 50 Cts., höchstens 1 Fr. bezahlte. Die Organisation der Posamenter sank zu einer Zeit, da die andern Gewerkschaften zum Teil kaum gegründet, zum Teil erst in langsamer Vorwärtsentwicklung begriffen waren.

Die Ursache dieses Rückganges dürfte *hauptsächlich* in der zunehmenden Verdrängung männlicher durch weibliche Arbeitskräfte zu suchen sein. Und man hat dabei wohl versäumt, sofort mit aller Energie an die Organisation der Frauen zu gehen. Oder man ist hierbei auf grosse Schwierigkeiten gestossen, die wohl nicht in den zu niedrigen Beiträgen bestanden. Mit der zunehmen-

den billigen Frauenarbeit sank natürlich auch der Lohn der männlichen Posamentier. Das hätten, ohne die tatkräftige Mitwirkung der Frauen, auch die höchsten Beiträge der männlichen Posamentier nicht zu verhindern vermocht. Die Organisation bot, ohne die weiblichen, keinen Schutz mehr für die männlichen Posamentier und ging immer mehr zurück.

Wenn die hohen Beiträge unter allen Umständen imstande wären, eine starke Gewerkschaftsorganisation aufzubauen, so bedurfte es bei den Textilarbeitern neben einer regen Agitation weiter nichts, als einer Erhöhung der Beiträge, um dieses Ziel zu erreichen. (?)

Ein anderes Beispiel. Die chemischen Arbeiter in Basel waren seinerzeit fast zur Hälfte organisiert. Das war noch nicht viel, wurde aber bis jetzt nicht wieder erreicht. Es erfolgte der Anschluss an den Verband der Lebens- und Genussmittelarbeiter*), damit verbunden eine bedeutende Erhöhung der Beiträge. Die Folge war ein starker Mitgliederverlust, der trotz den Leistungen der Kasse genannten Verbandes nie mehr gutgemacht wurde.

Jene Genossen, welche immer nur auf die hohen Beiträge und die dementsprechenden Leistungen der Kasse als Universalheilmittel für schwache und stagnierende Gewerkschaften pöhen, bekunden ein geringes Verständnis für die Schwierigkeiten, die dem Aufstieg einer wirtschaftlich schlecht gestalteten Arbeiterschaft im Wege stehen.

Es ist ohne weiteres klar, dass heute eine Gewerkschaft mit einem Monatsbeitrag von 50 Cts. nichts mehr ausrichten kann. Aber es ist weit über das Ziel geschossen, wenn man, was viele Genossen tun, Gewerkschaftsverbände mit den höchsten Beiträgen als die allein auf dem richtigen Wege sich befindlichen betrachtet. Gelernte und qualifizierte Arbeiter, die nicht ohne weiteres durch ungelernete ersetzt werden können, die infolgedessen schon einen höhern Lohn beziehen, stossen mit der Einführung höherer Beiträge auf verhältnismässig geringe Schwierigkeiten. Die höchsten Beiträge in der Schweiz entrichten meines Wissens die Typographen. Die Leistungen ihrer Kassen sind auch ganz respektable. Wie aber, wenn es den Buchdruckereibesitzern durch eine technische Erfindung möglich würde, die Hälfte der Schriftsetzer durch ungelernete Arbeiter zu ersetzen, oder wenn zur Ausübung dieses Berufes nur eine kurze Anlernzeit, wie an einer Spinnmaschine oder an einem mechanischen Webstuhl nötig würde? Die nächste Folge wäre, trotz den starken Kassen des Typographenbundes, ein rapides Sinken der Löhne. Damit wäre es auch mit der Entrichtung der heutigen Beiträge in dieser Organisation vorbei, obwohl in diesem Falle eine starke Kasse nötiger wäre als heute.

Das gleiche gilt auch für andere Gewerkschaftsverbände mit hohen Beiträgen und diesen entsprechenden Löhnen.

Wie bereits angeführt, wäre heute eine Gewerkschaft mit einem Beitrag von 50 Cts. pro Monat zur Ohnmacht verurteilt. Sie vermöchte ihren Mitgliedern nichts zu bieten und hätte deshalb keine Anziehungskraft. Aber 40 oder 50 Cts. und mehr pro Woche zu bezahlen, fällt dem Grossteil der heutigen Arbeiterschaft schwer. Denn bevor eine Kasse etwas leisten kann, müssen derselben entsprechende Summen zufließen. Die Beiträge müssen monatelang, in ungünstigen Zeiten jahrelang bezahlt werden, bevor sie in höheren Löhnen wieder in die Taschen der Arbeiter zurückfliessen. Und mögen nach dieser Zeit auch noch so reichliche Erfolge winken, eine in ihrer wirtschaftlichen Lage tief gesunkene Arbeiterschaft wird sich nie dazu aufschwingen können, längere Zeit ohne Gegenleistung hohe Beiträge zu entrichten.

*) Unser Korrespondent befindet sich da im Irrtum, tatsächlich war die Organisation der chemischen Arbeiter zur Zeit des Uebertritts sehr schwach.

Die Beiträge einer Gewerkschaft müssen den Löhnen der Arbeiterschaft angepasst sein. Darüber hilft aller Hinweis darauf, dass, je stärker die Kasse, desto aktionsfähiger die Gewerkschaft sei, nicht hinweg. Nun ist es klar, dass eine Gewerkschaft, die infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder nur niedere Beiträge erheben kann, nicht zugleich erhebliche Unterstützungen zu bezahlen und dem Unternehmertum höhere Löhne abzurufen vermag. Beides kostet Geld. Da muss das eine hinter das andere zurückstehen. Welches von beiden ist das Wichtigere? Diese Frage ist nicht schwer zu beantworten. Der Hauptzweck der Gewerkschaften muss die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse für ihre Mitglieder sein. Höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, menschenwürdige Behandlung usw., darauf muss das Hauptaugenmerk gerichtet sein. Die verschiedenen Unterstützungseinrichtungen dürfen erst in zweite Linie gesetzt werden, so gute Dienste sie dem einzelnen, von Arbeitslosigkeit oder anderem Ungemach betroffenen Arbeiter auch leisten. Dabei ist noch zu beachten, dass die Summen, welche für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben werden, nicht nur dem Kampf um höhere Löhne verlorengehen, sondern dem Staate und der besitzenden Klasse noch eine Pflicht abnehmen.

Für schlecht entlohnte Arbeiterschichten, welche keine hohen Beiträge zu entrichten vermögen, sind daher wirksame Unterstützungseinrichtungen von zweifelhaftem Wert. Neben den unvermeidlichen Ausgaben für die Verwaltung und das Verbandsorgan noch relativ grosse Summen für Unterstützungen auszuführen, nehmen einer Gewerkschaft den Charakter einer Kampforganisation. Es wird einer solchen nur in ganz seltenen Fällen möglich sein, die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder auf Kosten der Unternehmer zu verbessern. Dass dadurch die Werbekraft einer solchen Gewerkschaft leidet, kann niemand bestreiten. Die Beiträge für eine solche Arbeiterschaft so anzusetzen, dass sie beides ermöglichen, fördert die Werbekraft ebenfalls nicht. Nicht dem Mangel an Verständnis allein, sondern auch den für ihr Einkommen zu hohen Beiträgen ist die Schuld beizumessen, dass noch Hunderttausende in schlechter ökonomischer Lage sich befindliche Arbeiter der Gewerkschaft fernstehen. Bei einem Teil derselben fehlt es allerdings an der nötigen Einsicht, teilweise auch an dem guten Willen. Aber nicht bei allen. Welcher Agitator hat nicht schon die häufige Erfahrung gemacht, dass bei der Hausagitation, bei Betriebs- oder anderen Versammlungen eine grosse Anzahl Beitrittserklärungen unterschrieben wurden? Als es dann aber an die Bezahlung der Beiträge ging, da ging der scheinbare Erfolg nur zu oft wieder verloren. Viele liessen es mit der Ausfüllung der Aufnahmeformulare gut sein. Andere leisteten eine oder einige Wochen ihre Beiträge und blieben dann auch weg. Nur wo mit dem Eintritt einer grösseren Zahl Arbeiter in die Gewerkschaft gleichzeitig materielle Errungenschaften gemacht werden, können schlecht bezahlte Arbeiter und Arbeiterinnen bei hohen Beiträgen dauernd an die Gewerkschaft gefesselt werden. Das trifft aber nur in seltenen Fällen zu.

Wenn auch die Gewerkschaftsbewegung, von zeitweisen Rückschlägen abgesehen, in einem ständigen Aufstieg begriffen ist, so entspricht dieser der zunehmenden Konzentration des Kapitals und der Entwicklung der Grossbetriebe nicht im entferntesten. In zahlreichen Grossbetrieben, wo Hunderte von Lohnsklaven und -Sklavinnen zusammen arbeiten, hat die Gewerkschaftsbewegung noch gar nicht oder nur in geringem Masse Eingang gefunden. Daran mögen verschiedene Umstände gemeinsam schuld sein. Einer derselben aber ist zweifellos die Scheu vor den zu hohen Beiträgen. Es muss aber alles versucht werden, diese grossen, uns noch fernstehenden Massen, wenigstens zum Teil, in nicht allzu ferner Zeit der Organisation zuzuführen. Das erfordert das Interesse der ge-

samten Arbeiterschaft. Diese noch unorganisierten Massen hemmen auch den wirtschaftlichen Aufstieg der bereits organisierten Arbeiterschaft. Das nicht nur auf gewerkschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiete. Sie leisten bei Wahlen und Abstimmungen zu einem grossen Teile der besitzenden Klasse noch Heerfolge. Dem muss mit allen Mitteln entgegengearbeitet werden. Dazu sind auch die Gewerkschaften berufen. Das Verbandsorgan ist das erste Aufklärungsmittel, das das Klassenbewusstsein der Arbeiter weckt, denselben den Weg weist zu einem bessern, menschenwürdigen Dasein. Demselben kommt neben andern auch die Aufgabe zu, der besitzlosen Klasse den Gegensatz der Interessen zwischen ihr und der besitzenden Klasse in seiner ganzen Grösse vor Augen zu führen. Diese Aufgabe kann aber die Gewerkschaftspresse nur erfüllen, wenn sie nicht nur bei einer kleinen Elite, sondern in den grossen Massen des arbeitenden Volkes Eingang findet. Um das zu ermöglichen, müssen diese der Gewerkschaftsbewegung zugeführt werden. Nicht das einzige, wohl aber ein Hemmnis dafür, ist für jene, welche die Gewerkschaftsorganisation am nötigsten hätten, die Scheu vor den zu hohen Beiträgen. Die Frage, ob nicht der Versuch gemacht werden soll, für schlecht entlohnte Arbeiter und Arbeiterinnen Beiträge einzuführen, welche wohl die Verwaltungskosten und die Auslagen für das Verbandsorgan decken, dazu noch Durchführung von Lohnkämpfen ermöglichen, aber jede andere Unterstützungseinrichtung ausschliessen, ist sehr wohl der Prüfung wert. Warum sollte es nicht möglich sein, Arbeiter und Arbeiterinnen, welche jetzt keine Arbeitslosenunterstützung beziehen, für die Gewerkschaft zu gewinnen, wenn ihnen diese wegen zu geringer Beiträge auch keine solchen entrichten kann, aber zu höheren Löhnen, kürzerer Arbeitszeit und anderen Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse verhilft? Die Ansicht, je höher die Beiträge und damit die Leistungsfähigkeit der Kasse, desto stärker die Werbekraft der Gewerkschaft, hat seine Richtigkeit für Arbeiterschichten, die bereits auf einem höheren Lohnniveau stehen. Sie ist aber grundfalsch in bezug auf die schlechtest bezahlten Arbeiter und Arbeiterinnen. -r.

Nachschrift der Redaktion. Wir werden auf die obigen Ausführungen, mit denen wir in manchen Punkten nicht einiggehen, in der nächsten Nummer der «Rundschau» zurückkommen.



Die Friedenskonferenz der Gewerkschaften.

In der Juninummer der «Rundschau» sind die Anträge der Leedser Konferenz und des Präsidenten des I. G. B., Genossen Legien, Berlin, zum gewerkschaftlichen Friedensprogramm veröffentlicht, die als Grundlage der Diskussion einer internationalen Gewerkschaftskonferenz dienen sollen. Für die Arbeiterschaft hängt viel davon ab, welche Stellung sie zu den einzelnen Anträgen einnimmt. Gar manches wird darin gefunden werden, was mit dem, was uns die Führer der Arbeiter bisher gelehrt haben, nicht mehr übereinstimmt, und anderes wieder ist neu.

Mir liegt in Absatz 4 «Beschränkung der Arbeitszeit» in den Leedser Anträgen der vierte Satz und in der Umarbeitung von Genossen Legien in Absatz 4 «Arbeitszeit» a der erste Satz nicht recht und zwar deshalb, weil es in beiden heisst: *Die tägliche Arbeitszeit darf für alle Arbeiter 10 Stunden nicht übersteigen.*

Ich fragte mich: Wie kommen von Arbeitern angestellte Sekretäre dazu, nun mit einemale einen zehnstündigen Arbeitstag zu propagieren, nachdem seit dem Jahre 1889 der Achtstunden-Arbeitstag als das Ideal gegolten hat? Wie kommen sie dazu, zu verlangen, dass Arbeiter nun wieder zehn Stunden im Dienste des Kapitals

fronden sollen? Haben diese Leute alle die schweren Kämpfe, die Aussperrungen, die Streiks schon vergessen, die die Arbeiterschaft überall um die Verkürzung der Arbeitszeit geführt hat? Erinnern sie sich nicht mehr der schweren Opfer an Freiheitsberaubung und an Geld, welche schon zu diesem Zweck aufgewendet wurden? Sind für sie, die «Herren Angestellten», die grossen «Theoretiker», alle wissenschaftlichen Erörterungen über die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden pro Tag mit einemmal zu einem Schemen herabgesunken? Haben sie vergessen, was John Rae in seinem herrlichen Buche «Der Achtstunden-Arbeitstag» über diesen schreibt? Ist ihrem kurzen Gedächtnis schon entschwunden, was «Atlantico» in «Produktion und Konsum im Sozialstaat» in Bezug auf die Dauer der Arbeitszeit sagt? Erinnern sie sich nicht mehr an das, was sie seit bald 30 Jahren jedesmal am 1. Mai über den Achtstunden-Arbeitstag referiert und dafür schon Tinte und Druckerschwärze verschmiert haben? Oder dass in Australien schon seit den Fünfzigerjahren des vorigen Jahrhunderts der Achtstunden-Arbeitstag existiert, dass Amerika schon vor 1889 den 1. Mai als Feiertag, als Demonstrationstag für die Verkürzung der Arbeitszeit eingeführt hat? Oder des Satzes: «Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf, acht Stunden Erholung.»? Abgesehen von den neuesten Vorgängen in Russland, wo Kerensky den Acht-, ja für manche Industrien sogar den Sechsstunden-Arbeitstag eingeführt hat? Immer heisst es bei uns von «Aufwärtstreben», von «Vorwärtsschreiten». Das aber, was in diesen Anträgen gefordert wird, ist ein Rückschritt bedenklicher Art. Da heisst es bei den Arbeitern, sich beizeiten vorsehen, dass diese Gewerkschaftsdiplomaten die bisher errungenen Positionen uns nicht wieder verschlechtern. Zu den Konferenzen sollen daher wirkliche Arbeiter als Delegierte entsendet werden, die das Herz auf dem rechten Fleck haben und die noch als Arbeiter fühlen, wenn diese auch nicht in der Lage sind, ihre Voten «akademisch» abgeben zu können.

In der Angelegenheit «Arbeitszeit» muss ich den Arbeitern zurufen: Hütet euch vor dem Morgarten, in diesem Falle vor euren eigenen Gewerkschaftsbeamten, dass diese mit euch nicht einen Schritt rückwärts gehen.

Die Arbeiterschaft hat prozentual die grössten Opfer an Menschenleben dem scheusslichen Tun der Jetztzeit dargebracht — es drängt sich mir immer mehr der Gedanke auf, ob die «Regierenden» überhaupt nicht das Blutbad angerichtet haben, um die mehr und mehr zunehmende Arbeiterbewegung in demselben zu ersticken — infolgedessen hat die Arbeiterschaft das Recht und die Pflicht, an der Neuordnung der Dinge mitzuraten und mitzutaten. Denn wie sie sich bettet, d. h. die gewerkschaftlichen Fragen regelt, wird sie in Zukunft liegen. Dass dies nicht im Zeichen des Krebses geschehen kann, ist für mich selbstverständlich, um so mehr, als durch die Entwicklung der Technik die Wohlfahrt und das Glück aller Menschen gefördert werden kann, es braucht nur dem Kapital der Profit beschnitten zu werden. Und wie wäre es mit einer Enteignung jenes zu Gunsten der Gesamtmenschheit? Die Verkürzung der Arbeitszeit auf mindestens acht Stunden pro Tag ist eine der elementarsten Forderungen zum Wohlergehen aller.

Hans Rauchmayer.

Nachschrift der Redaktion. Unser Freund Rauchmayer hätte sich mit seinen Ausführungen wesentlich kürzer fassen können, wenn er recht gelesen hätte.

Es fällt selbstverständlich auch «einem von den Arbeitern angestellten Sekretär» nicht ein, ein Programm aufzustellen, nach dem etwa die bestehenden Arbeitsbedingungen verschlechtert werden.

Das Programm enthält *Minimalforderungen*. Es soll festgelegt werden, dass in keinem Land und in keinem Betrieb der Welt schlechtere Arbeitsbedingungen geboten